

Vorwort

Glaubt man den Bevölkerungsforschern, dann wird die Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahrzehnten einen gewaltigen Bevölkerungswund erleben. Nach Angaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend¹ wird sich bis zum Jahre 2050 der Anteil der unter 20jährigen von derzeit 21% auf 16% verringern. Der Anteil der 60jährigen und älteren Menschen wird sich dagegen von 22% auf 37% spürbar erhöhen.

Diese Zahlen zeigen an, dass der derzeit noch gültige Generationenvertrag mittelfristig überdacht und neu ausbalanciert werden muss. Dies ist eine große Herausforderung an die Politik, denn es gilt, die Bedürfnisse der heutigen Generationen mit den Lebenschancen zukünftiger Generationen so zu verknüpfen, dass auch in Zukunft eine gerechte Teilhabe aller an der Gesellschaft möglich wird.

Der US-Auslandsgeheimdienst CIA sagt voraus², dass die Europäische Union in den nächsten 15 Jahren auseinanderbrechen könnte, wenn es nicht gelingt, die sozialen Systeme in ganz Europa auf eine neue Grundlage zu stellen. In einer umfangreichen Studie unter dem Titel „Mapping The Global Future 2020“, mit der die CIA versucht, die großen Entwicklungsströme bis zum Jahr 2020 vorausszusagen, nennen die Verfasser die zunehmende Alterung auf dem europäischen Kontinent als größte Herausforderung.

Die demographische Krise drohe langfristig, ökonomische Entwicklung zu verhindern. Gleichzeitig seien die sozialen Systeme in der EU ohne Wachstum auf Dauer nicht haltbar. Zwischen diesen beiden Polen drohe der EU eine Zersplitterung und im schlimmsten Falle ein Auseinanderbrechen.

Grund für die nach Ansicht der CIA-Analysten „verheerenden Zukunftsaussichten“ Europas sind die niedrigen Wachstumsraten der Wirtschaft, die vor allem von Deutschland und seinem restriktiven Arbeitsrecht verursacht würden. „Reformen hier und in Frankreich und Italien“, heißt es in dem Papier, „sind der Schlüssel zu stärkerem Wachstum in ganz Europa“.

Unerlässlich sei dazu neben der Veränderung in der Arbeitswelt, in den Sozialsystemen, bei Ausbildung und Steuern, ein Zustrom von Einwanderern, die höchstwahrscheinlich aus muslimischen Ländern kommen würden. „Die Alternative wäre eine lange Periode wirtschaftlicher Erstarrung“.

¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: <http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/Aeltere-Menschen/demographischer-wandel.html> (vom Februar 2005).

² <http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1107786571472&openMenu=1013016724415&calledPageId=1013016724415&listid=1018881578341> (vom Februar 2005).

Das Resultat der wachsenden Zuwanderung, so glaubt die CIA, werde Europa jedoch vor neue Probleme stellen. Bis 2020 sehe man ein Anwachsen des muslimischen Bevölkerungsteils von heute 13% auf dann 22 bis 37%.

In den kommenden 15 Jahren, gibt die Studie sich optimistisch, werde die Wirtschaft weiter wachsen, der Lebensstandard weltweit steigen und die wechselseitige Abhängigkeit zunehmen.

Diese weiter zunehmende Globalisierung sei unumkehrbar und sie habe direkte positive Folgen: Kommunikation, die jeden Winkel sofort erreicht ist ein Phänomen, gegen das repressive Regierungen keine Mittel haben.

Auch wenn man den Vorhersagen der CIA nicht Glauben schenken muss, so wird doch nahezu Jeder zu dem Schluss kommen, wenigsten einen Funken Wahrheit in den Aussagen zu entdecken. Die angesprochene Globalisierung ist unumkehrbar angesichts der Wanderungsbewegungen von Menschen aller Nationen aus allen Erdteilen. Kommunikation und Transport führen dazu, dass viele Menschen in der Lage sind, an nahezu jeden Teil der Erde zu gelangen und dort Glück, Wohlstand und Zukunft zu suchen.

Gleichwohl ist zu beobachten, dass die so genannten westlichen Staaten ein weniger großes Bevölkerungswachstum verzeichnen als notwendig wäre, um den Wohlstand zu sichern. Daher sind diese Staaten – auch die Bundesrepublik Deutschland – neben notwendigen bevölkerungs- und familienpolitischen Initiativen, auf einen Zustrom von Menschen aus anderen Staaten angewiesen. Dass hieraus Probleme erwachsen, ist nicht neu, ungelöst sind gleichwohl Fragen der Einbürgerung und der Umgang mit der bisherigen Zugehörigkeit zum Herkunftsstaat. Hieraus erwächst die Notwendigkeit, sich mit dem Problem der Mehrstaatigkeit auseinander zusetzen und Lösungen vorzubereiten. Fragen in diesem Kontext betreffen nicht nur juristische, sondern darüber hinaus soziale, soziologische, psychologische und pädagogische Sachverhalte.

Die Herausgeber möchten mit diesem Buch, das als Reader angelegt ist, die öffentliche Diskussion über die doppelte Staatsbürgerschaft in der Bundesrepublik Deutschland anregen und forcieren.

Angeregt wurden die hier versammelten Beiträge durch das von der Europäischen Kommission geförderte Forschungsprojekt „Dual Citizenship, Governance and Education: A Challenge for the European Nation-State (DCE)“, bei dem die Herausgeber die deutsche Sichtweise präsentieren, empirische Beiträge beisteuern und die deutsche Diskussion einbringen.

Der inhaltliche Aufbau dieses Buches folgt dabei einer Konzeption, in der versucht wird Ursachen, Folgen, Stellungnahmen und Perspektiven von Mehrstaatigkeit zu thematisieren. Dadurch soll sich aus der Summe der behandelten Themen ein abgerundetes Bild ergeben. Ein Ziel steht dabei im Mittelpunkt: Ergebnisse

nationaler und internationalen interdisziplinärer Analysen sollen herangezogen werden, um die aktuellen Probleme als auch Herausforderungen von Staatsangehörigkeit – im speziellen Mehrstaatigkeit – besser zu verstehen. Im Einzelnen wird folgende Hauptgliederung eingehalten:

- Im ersten Kapitel werden, ausgehend von der Klärung des Staatsangehörigkeitsbegriffes, grundlegende Analysen und empirische Forschungsergebnisse zu Mehrstaatigkeit vorgestellt. Um dem interdisziplinären Anspruch gerecht zu werden kommen sowohl Politikwissenschaftler, Juristen, Sozialwissenschaftler, Pädagogen, Psychologen als auch Praktiker zu Wort. Dabei stehen – basierend auf den Analysen von Marshall (1992) – Aspekte der juristischen, politischen, soziokulturellen und erziehungswissenschaftlichen (multiplen) Staatsangehörigkeit auf der Agenda.
- Daran schließen sich Stellungnahmen aus Politik und Gesellschaft an, um die unterschiedlichen gesellschaftlichen als auch parteipolitischen Positionen zu Mehrstaatigkeit aufzuzeigen. Deshalb kommen sowohl Bundestagsabgeordnete aller großen Parteien zu Wort als auch gesellschaftliche Vertreter von Gewerkschaft und Verbänden.
- Das übergreifende Thema im dritten Kapitel ist der Umgang mit (multipler) Staatsbürgerschaft in anderen Europäischen Staaten. Nicht nur der Erwerb und Verlust der Staatsbürgerschaft in anderen Nationen sondern auch die sich daraus ergebenden europäischen Rechte werden thematisiert. Dabei stehen besonders die Nationen Finnland, Frankreich, Estland, Israel, Portugal, Griechenland und das Vereinigte Königreich im Mittelpunkt des Interesses. Es werden sowohl Staaten vorgestellt in denen Mehrstaatigkeit offiziell toleriert wird als auch Staaten in denen Mehrstaatigkeit von offizieller Seite verboten ist jedoch viele Menschen illegal eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen.

Mit der genannten Themenauswahl versuchen die Herausgeber wesentliche Aspekte des Themas anzusprechen, ihre theoretischen Zusammenhänge darzustellen und Praxisbezüge aufzuzeigen. Die Zusammenstellung der Beiträge und die jeweilige Ausführung ist dabei sowohl durch den subjektiven Standpunkt der Herausgeber als auch der Autoren geprägt und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Das Buch versteht sich als ein Überblick, der eine grundlegende Orientierung zu wichtigen Themenaspekten von Mehrstaatigkeit ermöglicht.

In den folgenden Artikeln werden die Begriffe Migrant, Staatsbürger, etc. gemäß den Autorenrichtlinien des Verlags Empirische Pädagogik im Sinne des inkludierenden Maskulinums verwendet. Dies schließt selbstverständlich sowohl weibliche als auch männliche Formen ein.

Im Namen der Mitherausgeberin und des Mitherausgebers bedanke ich mich bei allen Beiträgern für ihr Engagement und ihre Bereitschaft, an diesem Buch mitzuwirken. Dem Verlag Empirische Pädagogik danken wir für die Betreuung, insbesondere hierbei Herrn Harald Baron und PD Dr. Urban Lissmann.

Wir wünschen uns als Herausgeber eine lebhafte Diskussion und eine positive Weiterentwicklung der Idee und der Umsetzung der Doppelten Staatsbürgerschaft.

Landau, im September 2005

Reinhold S. Jäger